

Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkontor:
Schr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Zeitungspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6500.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2900.— M., Einzelnummer 300.— M., Sonnabendnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weitznerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Weitznerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Komparierzeile 700.— M., auswärts 800.— M., die halbspaltige Reklamazeile 800.— M., auswärts 8500.— M., Ausland 8500 u. 12000 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 300 M.

Nr. 140

Dresden, Dienstag den 19. Juni 1923

34. Jahrg.

Beschlagnahme die Devisen!

Radoslawows Kriegsbuch

Von Hermann Wendel

Die völlige Ratlosigkeit der Regierung Cuno hat einen wahrhaft katastrophalen Zustand auf dem Devisenmarkt herbeigeführt. Wurde am Sonnabend der Dollar noch mit 115 000 notiert, so stieg er am Montag zeitweise bis auf 162 000. Die Mark hat also an einem einzigen Tage fast 40 Prozent ihres Wertes eingebüßt. Die Wirtschaft hat nicht das geringste Vertrauen mehr zur Führung der gegenwärtigen Regierung.

Ist das die erste Schlussfolgerung, die sich aus dem fürchterlichen Markverfall ergibt, der schneller vor sich geht als der Rubelsturz in Russland, so ist die zweite Schlussfolgerung die Feststellung, daß die Wirtschaftskrise alles tun, um den Sturz der Mark zu beschleunigen. Jeder wirft die Mark fort, flüchtet sich in die Devisen in Rücksicht darauf, daß das den Untergang der Gesamtwirtschaft nur beschleunigt. In welchem Maße die Wirtschaft jetzt Devisen einbaumt, das hat in der gestern stattgefundenen Sitzung des Markunterforschungsausschusses der Leiter der Devisenprüfungsstelle mitgeteilt. Er gab an, daß die Reichsbank von Beginn der Stützungsaktion an bis Mitte Juni insgesamt 80 Millionen Dollar Devisen abgegeben habe. In den ersten drei Wochen im April sind allein 40 Millionen Dollar von der Börse beansprucht worden. Damit ist erneut bestätigt, was der Reichsbankpräsident Havenstein seinerzeit erklärt hat, daß die Wirtschaftskrise durch die Samstags- und Sonntags-Devisen der Stützungsaktion erschüttert haben. Dieser gewaltige Marksturz ist die gewissloseste Unterstützung der Absichten Voincarés. Selbst ein so nüchternen Beurteiler der Verhältnisse in Frankreich wie der Pariser Berichterstatter der Frankfurter Zeitung stellt fest, daß der Sturz der Mark und das Unermögen der zuständigen deutschen Stellen, dem katastrophalen Vorwärtsgleiten der Mark Einhalt zu tun, sich mehr und mehr als eines der ernstesten Hindernisse auf dem Wege zu einer für Deutschland erträglichen Liquidation der Rubelaffäre erweise. Er schließt seine bemerkenswerten Ausführungen mit folgenden Sätzen:

„Das alles zeigt, daß die französische Politik nur noch darauf ausgeht, den von ihr aus der neuen Markkatastrophe erhofften Zusammenbruch Deutschlands in Ruhe und ohne Komplikationen mit den Alliierten abzuwarten. Man mag in Deutschland daraus ersehen, wie diejenigen Kreise, die an dem wahnwitzigen Emporreiben der Devisenkurse die Schuld tragen, der französischen Politik direkt in die Hände arbeiten!“

Was ist aber jetzt zu tun? Das ist die entscheidende Frage für die Lohn- und Gehaltsempfänger, die durch den Marksturz in das Elend zu verfallen drohen. In erster Linie:

- Anpassung der Löhne an die Geldwertverwertung,
 - Erfüllung der Forderung nach wertbeständigem Lohn unter freier Erhöhung der Grundtarife im gewerkschaftlichen Kampfe;
 - Sofortige Anpassung der Besitzsteuern an die Geldwertverwertung,
 - Heraushebung des Lohnabzuges an die im Juli zu erwartende Lohnhöhe.
- Darüber hinaus aber muß man versuchen, dem verheerenden Kreben der Devisenhamsterer Einhalt zu tun

durch die sofortige Einführung einer Devisenzentrale in Verbindung mit der Beschlagnahme der eingehamtesten Devisenbestände.

Das magere Ergebnis der Goldanleihe

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung des Beschlages der Stützungsaktion setzte am Montag seine öffentlichen Sitzungen mit der Vernehmung des preußischen Börsenkommissars Dr. Lippert und des Leiters der Devisenbeschaffungsstelle, Dr. Gleimius, fort. Lippert erklärt, daß der Dollarkurs von 60 000 Anfang Februar auch an der Börse als übertrieben angesehen worden sei. Das habe das Eingreifen der Reichsbank herbeigeführt. Entscheidend für die Stützungsaktion der Reichsbank sei jedoch die außerordentliche Geldknappheit infolge der Kreditbeschränkungen gewesen; gleichzeitig seien der deutschen Wirtschaft größere Auslandsguthaben entzogen worden. Die Exportdevisen, die der Reichsbank zufließen, würden zum größten Teil zu Reparationsverpflichtungen gebraucht werden. Von Februar bis Anfang April habe die Reichsbank aus dem Berliner Wertsammarkt sogar Devisen herausgegeben können. Eine starke Nachfrage habe aber eingeleitet mit dem Bekanntwerden des Ergebnisses der Dollaranleihe, der Steigerung des Notenumlaufs und der Vergrößerung der Reichsschuld. Kritisch sei die Lage am 13. und 14. April geworden; sprunghaft gestiegen die Devisenfrage am 17. und 18. April nach der ungünstigen Aufnahme der Rede des Außenministers. Auf eine Anfrage des Abg. Dernburg teilte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums mit, daß die Banken bisher nur 5 Prozent der Garantiesumme für die Dollaranleihe gebilligt hätten; über die Aufbringung des Restes schwebten noch Verhandlungen. Das Reich verfüge also bisher aus der Dollaranleihe über höchstens 88 Goldmillionen und nicht, wie die Öffentlichkeit glaubt, über 100 Millionen. Der Börsenkommissar bestätigt, daß sich die Zahl der Börsenbesucher gegen früher sehr gesteigert habe. Eine Revision der bisherigen Zulassungen soll vorgenommen werden.

Darauf schilderte der Leiter der Devisenbeschaffungsstelle, Dr. Gleimius, die Schwierigkeiten, die der Nachfrage über die Devisenbeschaffung bei den 486 in Betracht kommenden Banken entgegenstünden. Am der Schwierigkeiten Herr zu werden, habe man sich auf einen Nachweis der Devisenverkäufe für die Stützungsaktion vom 12. bis 21. März und 8 bis 12. April und auf Umsätze von 100 Pfund beschränkt. In der Zeit vom 1. März bis 8. Juni seien von der Reichsbank an die 15 Großbanken im ganzen 80 Millionen Dollar fremde Devisen abgegeben worden, und zwar ungefähr die Hälfte seit Anfang April; in der ersten Aprilwoche 10 Millionen, in der zweiten 14 Millionen und in der dritten 13 Millionen. Diese Devisen wurden von den Banken wieder weiterverkauft. An Hand der Angaben der 15 Großbanken hat die Devisenbeschaffungsstelle festgestellt, daß 10 Prozent der gekauften Devisen bei Handel und Industrie, 9 Prozent bei den Berliner Banken, 22 Prozent in eigenen Filialen im unbesetzten Gebiet, 21 Prozent bei Banken im unbesetzten Gebiet und 11 Prozent im Auslandes geblieben sind. In diesen Zahlen sind lediglich die Angaben der Reichsbank an der Berliner Börse enthalten, nicht aber die Markverkäufe und Käufe im Auslandes und nicht die Devisen für die Reichsgetreidefälle und höchstens ein Teil des Devisenbedarfs der Reichsbank.

Genoff: Der Wunsch nach genauer Nachforschung nach der Verwendung von Devisen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Auf seine Anfrage erklärt Geheimrat Kaufmann vom Reichsbankdirektorium, daß die Stadt Köln Reichsbankkredite nur zum Ankauf von englischen Kohlen für das städtische Gaswerk erhalten habe. Der Abg. Fröhlich gab dann seiner Entrüstung Ausdruck über die Handhabung der Devisenverwertung und führte eine Anzahl von Fällen an, wo aufgrund der Devisenverwertung keine Verrechnungen, bestehend im Ankauf kleinster Devisenbeträge, bestrahlt worden sind, während nur wenige Kapitalisten verurteilt worden seien und zudem zu viel geringeren Strafen. Er bringt u. a. den Fall der Firma Otto Wolf zur Sprache, der aus der Rückhilfe eine Anleihe von vier Millionen gemahnt worden sei. Der Vorsitzende des Ausschusses sagte eine Klarstellung dieses Falles zu. Nächste Sitzung Dienstag.

Da über den bulgarischen Ministerpräsidenten des Weltkrieges, Dr. Bofil Radoslawow, unlängst vom Sozialer Staatsgerichtshof der Stab gebrochen wurde, ist eine gewisse Verbitterung seines Gemütes begreiflich. Aber da er auf der andern Seite, unbekümmert um das Urteil und fern der Galeere, in Deutschland die Zinsen seiner Eripapiere behaglich verdirmt, erscheint es doch als Ausfluß allzu wilder Grausamkeit, daß er sich an der Menschheit durch Veröffentlichung eines Memoirenbuches „Bulgarien und die Weltkriegs“ (Verlag Ullstein, Berlin) rächt. Das Buch, ungefähr das Dodekate in der ganzen großen Kriegserinnerungsliteratur, spannt den abnungslosen Bogen auf die hollere überlebter Langeweile, zähflüssig geschrieben, in miserables Deutsch übertragen, unpersonlich, unlebendig, enthält es nichts, was der aufmerksame Zeitungsleser nicht längst wußte; alle Kamellen, belangloses Zeug — wirklich, wozu die Verdrückung von Trückerwürde und Papier an eine solche Ueberflüssigkeit!

Auch erhebt die nüchternen Tatsachen nirgends eine geschichtsphilosophische Betrachtung von innen heraus; nirgends leuchtet eine Idee aus der langweiligen Darstellung auf; nichts von idealem Schwung, auch im Verfehlen und Unterliegen, sondern nur die eiskalte Berechnung einer Regierung, die bis zur letzten Stunde um die Haut des eigenen Volkes mit beiden Parteien Kocherte und markierte und dem Weißbrotenden ihre „Bundestreue“ zuschwand. Radoslawow mocht gar kein Pehl daraus, daß er im Herbst 1915 bereit war, ins Lager der Entente abzuschießen. „Wenn man den bulgarischen Truppen gestattet hätte, die mazedonischen Gebiete zu besetzen“, und trefflich stimmt dazu die narzisstische Verurteilung des bulgarischen Generalstabschefs Jostow aus dem Jahre 1916, daß Bulgarien jetzt, nachdem es den Zweck seines Eintritts in den Krieg, die Eroberung Mazedoniens, erreicht habe, auf die Seite der Entente treten könne.

Wer sich erinnert, wie die bulgarische Freundschaft während des Krieges von deutschen Enthusiasten angepöbelt und angetaustet wurde, nimmt nicht ohne ironisches Schmunzeln wahr, daß sich der bulgarische Er-Ministerpräsident zu den Mittelmächten föhlt bis ans Herz verhält. Inzwischen haben allerdings auch deutsche hohe Herren von damals an der bulgarischen Kriegsführung und -politik herbe Kritik geübt, wie der frühere Generalquartiermeister v. Stein, der in seinen Erinnerungen von Bestechung und Eigennutz spricht und erwähnt, daß bulgarische Offiziere und Beamte von den deutschen Seereslieferanten Geld nahmen. Radoslawow antwortet darauf mit der nicht unberechtigten Frage, „ob die deutschen Lieferanten wegen der einem preußischen General bekannten Verfehlungen verfolgt worden“ seien, „bei denen die Lieferanten die einkaufenden bulgarischen Offiziere auf Kosten des verbündeten Bulgariens bestachen“. Auch sonst ist er den deutschen Militärs, dem „allmächtigen deutschen Hauptquartier“ besonders auffällig, dem er die Schuld gibt, daß wegen mangelnder Unterstützung der mazedonischen Front schon im November 1916 Bitoly (Monastir) wieder den Serben und Franzosen in die Hände fiel. Nach der Niederwerfung Rumäniens beglückwünschte Wilhelm, dem leicht der Gaul durchging, Radoslawow dazu, „daß Bulgarien die schöne Stadt Constantza am Schwarzen Meere erhalte“. Da das aber nicht die Meinung Ludendorffs war, der die ganze Dobrudda nicht im Besitze Bulgariens sehen wollte, beobachtete Radoslawow mit Ingrimm, wie das deutsche Hauptquartier in der Norddobrudda „die Kemter mit rumänischen Vopen, Lehrern, Richtern und Geheimagenten“ besetzte; für diesen Teil der Beute mußte sich die bulgarische Regierung auch beim Frieden von Bukarest den Mund wischen. Aber selbst wenn das Buch über die Hintergründe von Bukarest und Prest-Bitows Neues und Wesentliches zu sagen wüßte, wäre es noch ebenso, denn diese „Friedensschlüsse“ glücken Sandburgen, von Kindern am Strande zu einer Zeit aufgebaut, da die Flut schon herandrückt, sie wegzuschwemmen.

Die Lösung eines Friedens „ohne erzwungene Gebietsabtretungen“, zuerst von dem revolutionären Petersburg in die Menschheit geworfen, war von der deutschen Reichsregierung mehrfach aufgenommen und in der bekannten Resolution vom 19. Juni 1917 festgelegt worden. Dieser Weckruf rief, woran Radoslawow erinnert, „allgemeine Entrüstung und Unzufriedenheit in Bulgarien“ hervor, und für annexionsistisch gefärbte Gemüter mit Recht, denn er widersprach Punkt für Punkt den Versprechungen, die Bulgarien von den Mittelmächten erhalten hatte und die sich auf die gewalttätige Angliederung ganz Mazedoniens, Altserbiens und des Morawogebietes erstreckten. In seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg“ erläutert Vethmann-Sollwage, daß sich die deutsche Regierung zu einer offiziellen Erklärung für einen Frieden ohne Annexionen auch deshalb nicht verstanden habe, weil er mit den bulgarischen Verträgen unvereinbar gewesen sei, aber damals müßte sich mancher von uns vergegenwärtigen, die ausgleichenden Anhänger eines Verständigungsfriedens zu der Erkenntnis zu bringen, daß die Erfüllung der bulgarischen Forderungen einen Genoffrieden voraussetze, unter den sich nur die hoffnungslos geschlagene Entente beugen würde. Die einen, wie der fixe Matthias Erzberger, kamen auf die Deutung, daß die Annexionen des halben Balkans durch Bulgarien als „Desannexion“ ganz auf der Linie der Reichstagsresolution liege, die andern, wie die Sozialdemokraten, gingen um ein klares Ja und Nein auf diese Frage unentschieden herum, und alle zusammen hielten das Problem für gar nicht so wichtig. In Wahrheit rücht die weitere Unter-

Wilhelm von Meckertstedt

Ein Leipziger Student der Rechte, Hermann Wiehe, hatte mit Leipziger und Warburger Kommilitonen eine Schauspieltruppe gebildet, die in Holland Welterienpiele aufführte. Die Gruppe erhielt auch eine Einladung nach Schloß Doorn und wurde vom ehemaligen Kaiser empfangen. Der Student gibt jetzt im Leipziger Tageblatt einige Aufzeichnungen Wilhelms wieder, die verdienen, festgehalten zu werden:

Sein Hofmarschall meldet ihm irrtümlich, einer von uns, ein Warburger Student, sei bei der Erschießung der Warburger Arbeiter mit dabei gewesen. (Gemeint sind offenbar die 16 Tötungen Arbeiter, die während des Kampfes bei Meckertstedt in anwesenheit der Witte von Warburger Studenten freiwillig hingerichtet wurden. Red. d. V.) „Na, das habt ihr famos gemacht, ihr habt's den Tötungsordenlich gegeben!“ („Saupad!“ murmelte einer seiner Betenden.)

Die Einzelheiten des Prozesses gegen die jugendliche Mörderbande sind noch in aller Erinnerung. Der Ausspruch: „Die Anatomie braucht Leichen!“ wird als ein ewiges Wahrzeichen korporatistischer Bestialität unbergesslich bleiben. Vor Gericht logen sich die Mörder mit den üblichen Mordverjudelmärdchen heraus und verfluchten ihre Taten zu leugnen. Wilhelm dagegen sprach bei dem Gedanken, einen dieser „Gelden“ vor sich zu haben, beglückwünscht die Warburger dazu, daß sie es so „famos gemacht“, so „ordentlich gegeben“ haben. Vielfache Familienbäter wurden von jugendlichen Mordlingen gemuschelt, der ehemalige „Landesbater“ aber kann sich vor Freude darüber gar nicht fassen!

Wilhelm von Meckertstedt, das ist der Titel, der diesem Menschen soviel an ehesten gebührt.

Daß Wilhelm, wie sich aus den weiteren Aufzeichnungen des Studenten Wiehe ergibt, außerdem mächtig auf die Sozialdemokratie und auf die Staatsmänner „nach ihm“ (17) schimpfte, daß er Konteratismus und Junkertum verberlichste und seine Hoffnung auf den monarchischen Gedanken in der Jugend legte, ist nicht weiter verwunderlich.

„Deutschland ist der Ort des Geldemuts!“ rief er schließlich aus, darum rissen er und sein spiritus rector Ludendorff auch rechtzeitig aus.

Die verfassungswidrigen Volksgerichte

München, 18. Juni. (Eig. Draht.) Das bayerische Justizministerium gibt bekannt: „Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß das Amtsgericht in Bamberg dem bayerischen Volksgerichte keine rechtmäßigen Gerichte seien, weil die Weisungen hat das kantonische Oberlandesgericht in Bamberg das Amtsgericht Bamberg angewiesen, dem Reichshilfsverfahren des Münchner Volksgerichtes zu entsprechen. Damit ist der Versuch unglücklich, die Anklage eines außerordentlichen Einzelrichters gegen die bayerischen Volksgerichte aufzuheben.“

Die abschließende Bemerkung hätte sich das bayerische Justizministerium erheben können. Bekanntlich sind die bayerischen Justizbehörden immer noch angewiesen, den Reichshilfsverfahren des Münchner Volksgerichtes nicht nachzukommen. Das ist richtig so!